



Presseschau vom 17.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Das komplette Putin-Interview zu Migrationskrise und NATO-Konfrontation: Es brodelt in Europa**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview seine Gedanken zur Flüchtlingskrise, den NATO-Manövern und der Ukraine geäußert. Dabei zeichnete er ein gänzlich anderes Bild, als es zahlreiche hiesige Medien vermitteln. Wir zeigen das Interview in voller Länge. ...

<https://kurz.rt.com/2q61>

de.rt.com: **Pfizer testet neues COVID-19-Medikament in Russland**

Der US-Pharmakonzern Pfizer wird in Russland ein neues Medikament gegen COVID-19 testen. Es hat den Namen Paxlovid. Pfizer behauptet, das Medikament senke das Risiko eines Krankenhausaufenthalts oder Todesfalles nach einer Infektion mit dem Coronavirus um 89 Prozent. ...

<https://kurz.rt.com/2q4v>

Dagmar Henn: **Die nächste Stufe des Wahns: 3G im Nahverkehr**

Die Ampel will auf keinen Fall andere Impfstoffe zulassen und setzt weiter auf Zwang gegen Ungeimpfte. Jetzt wird die Aussperrung vom öffentlichen Nahverkehr geplant. Hat die kommende Regierungskoalition darüber nachgedacht, welche Folgen das hat? Kaum

anzunehmen. ...

<https://kurz.rt.com/2q5r>

Karin Leukefeld: Gegen Schutzsuchende – Die EU zeigt ihr wahres Gesicht

Der Versuch von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten, über die östliche Grenze nach Europa zu gelangen, wird mit Gewalt verhindert. Es ist noch keine zehn Jahre her, dass die EU mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Nun zeigt sie ihr wahres Gesicht. ...

<https://kurz.rt.com/2q5a>

de.rt.com: Pfizer, BioNTech und Moderna verdienen 1.000 US-Dollar pro Sekunde mit COVID-19-Impfstoff

Einer neuen Analyse zufolge machen Pfizer, BioNTech und Moderna mit ihren äußerst erfolgreichen COVID-19-Impfstoffen zusammen jede Sekunde einen Gewinn von 1.000 US-Dollar. Währenddessen bleibt die Bevölkerung der ärmsten Länder der Welt weitgehend ungeimpft. ...

<https://kurz.rt.com/2q66>

Nikolaj Jolkin: FES-Vorsitzender Martin Schulz: Russland verstehen, um dem Freund-Feind-Denken zu entkommen

Es reicht nicht, laut dem Chef der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung die Trennung zwischen Russland und den EU-Mitgliedsstaaten als gegeben hinzunehmen. Es reicht auch nicht, auf bessere Zeiten zu warten oder zu hoffen, weil wir aus unserer Geschichte wissen, wie schnell aus dem Gefühl der Bedrohung falsche Entscheidungen getroffen werden können. ...

<https://snanews.de/20211117/fes-vorsitzender-martin-schulz-russland-4348974.html>

Graham Dockery: Little Amal – eine Wachfigur als Gruselfigur und Beleidigung syrischer Flüchtlinge

Little Amal, eine 3 Meter große Marionette, schlurft auf die Bühne der COP26-Klimakonferenz in Glasgow. Sie scheint einem gruseligen Märchen der Gebrüder Grimm entsprungen, kommt aber aus dem Schoß der schlimmsten Triebe des westlichen Liberalismus. Unlängst waren jene Griechen im Recht, sie mit Steinen zu bewerfen. ...

<https://kurz.rt.com/2q2v>

Kit Klarenberg: Haftbedingungen für Julian Assange: Albtraumhafte, suizidfördernde Zustände

Während Julian Assange darauf wartet, in die USA ausgeliefert zu werden, zeichnet ein neuer Bericht ein düsteres Bild des Londoner Gefängnisses. Die menschenunwürdigen Haftbedingungen führen zu einer zunehmenden Zahl an Selbstverletzungen und fördern auch bei Assange Selbstmordgedanken. ...

<https://kurz.rt.com/2q6p>

abends/nachts:

de.rt.com: Ukrainischer Außenminister appelliert an die EU, sich auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten

Paris und Berlin sollten sich auf eine mögliche militärische Eskalation zwischen Russland und der Ukraine gefasst machen. Davor warnte Kiews Außenminister Dmitri Kuleba angesichts unbestätigter Berichte über angebliche Truppenkonzentrationen Moskaus nahe der ukrainischen Ostgrenze.

Bei einem Treffen am Montag in Brüssel beriet Kuleba mit seinen westlichen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas über die vermeintlichen russischen Truppenbewegungen

im russisch-ukrainischen Grenzgebiet, über die seit Wochen in westlichen Medien spekuliert wird. Dabei sagte der ukrainische Außenminister, dass die EU es vermeiden müsse, sich im Fall eines Konflikts in der Bürokratie zu verstricken. Kuleba wörtlich:

"Wenn Russland anfängt zu handeln, haben Sie einfach keine Zeit mehr, sich zu koordinieren, all die bürokratischen Verfahren zu durchlaufen und Entscheidungen zu koordinieren."

Man müsse sich auf "alle Optionen, alle Szenarios" gefasst machen, fügte er hinzu. Kuleba rief seine Amtskollegen auf:

"Treffen Sie also bitte jetzt die Vorbereitungen, denn wenn das militärische Szenario eintritt, haben Sie einfach keine Zeit."

Der Außenminister betonte jedoch, dass Kiew nicht auf eine Eskalation der Situation aus sei, sondern sich nur notfalls verteidigen werde.

Kulebas Forderungen an Paris und Berlin, militärische Vorbereitungen zu treffen, decken sich mit den Behauptungen des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, dem zufolge das Militärbündnis eine "ungewöhnliche Truppenkonzentration" nahe der Grenze zu Russland festgestellt habe.

Am selben Tag wies der ukrainische Grenzschutz diese Behauptungen zurück. Ein Sprecher der Organisation sagte dem Fernsehsender Ukraine-24, dass sie "keine Bewegung von Ausrüstung oder Truppen unseres Nachbarlandes in der Nähe der Grenze registriert" hätten. Sollten tatsächlich irgendwelche Aktionen auftreten, so seien diese "Dutzende oder sogar Hunderte von Kilometern von der Staatsgrenze entfernt", so der Sprecher.

Auch der Kreml hat die Berichte, wonach Russland möglicherweise eine militärische Invasion in die Ukraine plane, wiederholt dementiert. Unter anderem erklärte Pressesprecher Dmitri Peskow hierzu:

"Wir haben wiederholt gesagt, dass die Bewegungen unserer Streitkräfte auf unserem Territorium niemanden etwas angehen sollten. Wir stellen für niemanden eine Bedrohung dar."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6193e310b480cc505f784359.jpg>

snanews.de: **Berater: USA schlagen China Verhandlungen über strategische Stabilität vor**

Die USA haben der VR China angeboten, Verhandlungen über die Gewährleistung der strategischen Stabilität aufzunehmen. Wie Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan am Dienstag in Washington mitteilte, war der Vorschlag von US-Präsident Joe Biden bei einer Videoschalt zum chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping unterbreitet worden.

„Präsident Biden hatte bei der Unterredung mit dem Vorsitzenden Xi auf die Notwendigkeit einiger Runden von Sicherheitsgesprächen hingewiesen. Dieser Dialog sollte bei führender Rolle der beiden Staatschefs unter der Leitung der Teams ranghoher Experten beider Seiten geführt werden“, sagte Sullivan bei einer von der Denkfabrik Brookings Institution veranstalteten Videokonferenz.

Dabei sollten sich die Gesprächspartner vor allem auf Probleme der Sicherheit, Technologien und Diplomatie konzentrieren. Bei ihrem Online-Treffen hätten sich die beiden Staatschefs darauf geeinigt, die Diskussion zu Problemen der strategischen Sicherheit voranzubringen. Dieser Dialog werde sich vom Dialog der USA mit Russland unterscheiden, von diesem offiziellen Dialog zu Problemen der strategischen Stabilität, der reif genug sei und eine langjährige Geschichte habe, sagte Sullivan. Er gab somit zu, dass die amerikanisch-chinesischen Beziehungen „noch nicht ganz ausgereift“ seien.

Videokonferenz Biden – Xi

Das virtuelle Treffen von Biden und Xi hatte am frühen Dienstagmorgen stattgefunden. Die beiden Politiker diskutierten rund drei Stunden lang auch über das Taiwan-Problem und die amerikanisch-chinesischen Beziehungen in Handel und Wirtschaft. Biden und Xi tauschten sich ferner zur Lage im Iran, in Nordkorea und Afghanistan sowie zur Pandemie des Coronavirus aus.

In seinem Kommuniqué zum Abschluss des Treffens wies das chinesische Außenamt darauf hin, die beiden Staatschefs hätten das Treffen als „offen, pragmatisch, inhaltsreich und fruchtbringend“ eingestuft. Das werde „zur Festigung der gegenseitigen Verständigung“ beitragen, hieß es in dem Papier.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/10/4343477_0:160:3073:1889_1920x0_80_0_0_e62bad9595934ea7d9b97651c61c858.jpg

de.rt.com: Gefechte zwischen Armenien und Aserbaidshans: Jerewan ruft Moskau zu militärischem Beistand auf

Armenien und Aserbaidshans werfen sich gegenseitig neue Provokationen im Grenzgebiet vor. Das Verteidigungsministerium Aserbaidshans teilte mit, dass die Lage an der Grenze zu Armenien angespannt sei. Die armenische Regierung forderte nun Moskau auf, Armenien vor Angriffen aserbaidshansischer Streitkräfte zu schützen.

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshans scheint wieder aufzuflammen. In der Region Bergkarabach sind bei schweren Gefechten mehrere Menschen ums Leben gekommen. Das armenische Verteidigungsministerium warf laut einer Mitteilung von Dienstag Aserbaidshans vor, im Grenzgebiet unter anderem Artillerie eingesetzt zu haben. Infolge intensiver Gefechte habe die aserbaidshansische Seite Verluste an gepanzerten Fahrzeugen erlitten, fügte das Verteidigungsministerium hinzu. Die Regierung in Eriwan teilte zudem mit, mehrere armenische Soldaten seien bei einem Angriff aserbaidshansischer Truppen getötet oder verletzt worden.

Das Verteidigungsministerium Aserbaidshans teilte ebenfalls am Dienstag mit, dass die Lage an der Grenze zu Armenien angespannt sei. Als Reaktion auf eine Provokation der armenischen Seite seien Panzerabwehrwaffen und Granatwerfer des Gegners zerstört worden.

Die Militäroperationen gingen weiter, hieß es zudem.

Die armenische Regierung appellierte nun an Moskau, das Hoheitsgebiet des Landes vor Angriffen aserbaidchanischer Streitkräfte zu schützen. Das sagte der Sekretär des armenischen Sicherheitsrats Armen Grigorjan am Dienstag im Fernsehen.

"Da es einen Angriff auf das souveräne Territorium Armeniens gegeben hat, wenden wir uns gemäß dem Vertrag von 1997 an Russland mit der Aufforderung, die territoriale Integrität Armeniens zu schützen. Ein schriftlicher Antrag ist in Vorbereitung."

Russland hat eine Militärbasis in Armenien sowie eine Friedenstruppe in Bergkarabach. Es gab keine sofortige Reaktion Russlands auf den armenischen Appell, berichtet Reuters. Die militärische und militärisch-technische Zusammenarbeit zwischen Russland und Armenien basiert auf dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung vom 29. August 1997 und dem Abkommen über die Entwicklung der militärisch-technischen Zusammenarbeit vom 25. Juni 2013. Außerdem realisiert sich die Zusammenarbeit zwischen den Ländern im Rahmen des Vertrags über kollektive Sicherheit. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zudem mit dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan ein Telefongespräch über die Lage an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan geführt, teilte der Pressedienst des Kremls in einer Erklärung am Dienstag mit.

Am Dienstag führte nach armenischen Angaben der armenische Verteidigungsminister Suren Papikjan ein Telefongespräch mit dem russischen Verteidigungsminister Armeegeneral Sergei Schoigu. Dieser erklärte sich bereit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Feindseligkeiten zu stoppen, die Kriegsgefangenen zurückzubringen und die Situation zu entschärfen.

Paschinjan hatte bereits in einer Sitzung des Sicherheitsrates am Montag über eine "Invasion" aserbaidchanischer Truppen ins Territorium der Republik Armenien gesprochen. EU-Ratspräsident Charles Michel rief inzwischen beide Länder zu einer "vollständigen Feuerpause" auf.

Die jüngsten Gefechte lösen Sorgen aus, dass es zu einer ähnlichen Eskalation wie im vergangenen Jahr kommen könnte. Im Juli 2020 hatten sich Armenien und Aserbaidschan im Konflikt um Bergkarabach sechswöchige schwere Kämpfe geliefert. Mehr als 6.500 Menschen waren dabei getötet worden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6193e894b480cc507b63e891.jpg>

snanews.de: **Minsk: Polen hat giftige Chemikalien gegen Migranten eingesetzt**

Die polnischen Sicherheitskräfte haben am Dienstag nach Angaben der weißrussischen Seite an ihrer gemeinsamen Grenze giftige Chemikalien gegen Flüchtlinge eingesetzt, die versucht haben sollen, nach Polen einzudringen.

„Heute wurden wir Zeugen davon, wie die polnischen Sicherheitskräfte an der weißrussisch-polnischen Grenze gegen Flüchtlinge, darunter Frauen und Kinder, spezielle Mittel mit

giftigen, reizenden Chemikalien eingesetzt haben“, sagte Igor Malyk, stellvertretender Leiter der Abteilung Strahlenschutz, chemischer und biologischer Schutz und Ökologie des Generalstabs der Streitkräfte von Weißrussland.

Der gedankenlose Einsatz solcher Mittel kann Malyk zufolge zu irreversiblen Folgen für die menschliche Gesundheit führen und die Atmungs- und Sehorgane schädigen. „Dies stellt die größte Gefahr für Menschen mit chronischen Erkrankungen dieser Organe dar“, so der stellvertretende Leiter.

Nach seinen Angaben ist das Verteidigungsministerium wegen der Verwendung dieser Mittel unter diesen Bedingungen beunruhigt. „Außerdem befanden sich die Menschen auf weißrussischem Territorium. Das Verteidigungsministerium ist der Meinung, dass solche Aktionen rechtlich geprüft werden sollten“, fügte er hinzu. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/0f/4325956_0:0:3179:1788_1920x0_80_0_0_d080125378a78f213f0a6c06cd9f7c14.jpg

de.rt.com: Xi warnt USA vor Einmischung in Taiwan-Frage: "Wer mit dem Feuer spielt, wird sich verbrennen"

Chinas Staatsoberhaupt hat während des digitalen Gipfeltreffens mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen in Washington mit unmissverständlichen Worten vor einer Einmischung in die Angelegenheiten Taiwans gewarnt. Auch die Führung von Taiwan warnte er vor Abenteuern.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Dienstag erklärt, China werde sich gezwungen sehen, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, für den Fall, dass die "separatistischen Kräfte" auf Taiwan, die für eine Unabhängigkeit der Insel eintreten, Peking "provozieren" oder Pekings "rote Linie überschreiten", berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.

Xi machte diese Bemerkungen, während er Chinas Politik bezüglich der Taiwan-Frage in ihren grundlegenden Aspekten gegenüber dem US-Präsidenten Joe Biden darlegte.

Chinas Staatsoberhaupt wies dabei auf die neue Eskalationsrunde in der Straße von Taiwan hin und führte die Spannungen auf die wiederholten Versuche der Behörden Taiwans zurück, bei den USA Unterstützung für ihre Unabhängigkeitspläne zu suchen, sowie auf die Absicht einiger US-Amerikaner, Taiwan als Ausgangspunkt für die Eindämmung der Volksrepublik China zu benutzen. Xi mahnte:

"Solche Schritte sind extrem gefährlich, wie ein Spiel mit dem Feuer. Wer mit dem Feuer spielt, wird sich verbrennen."

Das Ein-China-Prinzip und die drei gemeinsamen Kommuniqués zwischen China und den USA seien die politische Grundlage der Beziehungen zwischen China und den USA, sagte Xi und wies darauf hin, dass alle früheren US-Regierungen diesbezüglich klare Verpflichtungen eingegangen sind.

Laut Xi sei der Schlüssel zum Verständnis der Taiwan-Frage folgender: Es gebe nur ein China in der Welt, und Taiwan ist Teil Chinas, und die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige legitime Regierung, die dieses China vertreten könne.

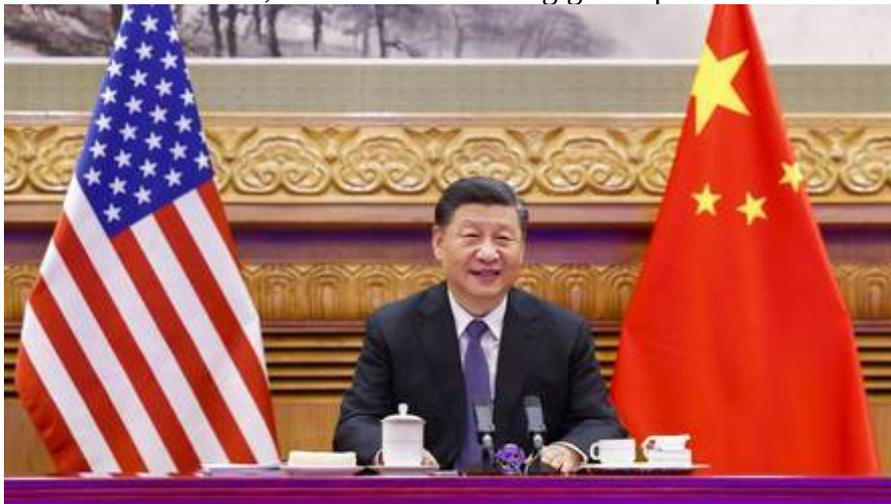
Xi bezeichnete die vollständige Wiedervereinigung Chinas als ein Ziel, das alle Söhne und Töchter der chinesischen Nation teilen, und sagte:

"Wir haben Geduld und werden die Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung mit äußerster Aufrichtigkeit und Anstrengung anstreben."

Bereits vor wenigen Tagen hatte der chinesische Botschafter in den Vereinigten Staaten eine ähnliche Botschaft an Washington verkündet, wie die chinesische Zeitung . Er warf den Vereinigten Staaten am Samstag vor, die Taiwan-Frage zu nutzen, um Einfluss auf das chinesische Festland auszuüben. Das sei aber wie ein Schuss in den eigenen Fuß. Der Diplomat warf Politikern in Taiwan vor, Spannungen in der Taiwanstraße [Formosastraße] zu provozieren und mit "externen Kräften" zu paktieren. Diese Handlungen würden den grundsätzlichen Interessen der chinesischen Nation sowie auch jenen der Einwohner Taiwans widersprechen.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht die Volksrepublik China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Meinung. Die USA hatten sich in den 1970er Jahren offiziell zwar gleichfalls zu diesem Prinzip bekannt – ebenso wie die Taiwanische Führung Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Ein-China-Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Insel Taiwan zurück, wo sie eine unabhängige "Republik China" ausriefen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6193a48db480cc0d492f5b7c.jpeg>

snanews.de: **Moskau für verbindliches Instrument zur Abwendung von Wettrüsten im All**

Russland hält es laut Außenamtssprecherin Maria Sacharowa für erforderlich, ein internationales verbindliches Instrument zur Abwendung des Wettrüstens im Weltraum so schnell wie möglich abzustimmen.

„Im Unterschied zu den USA hat Russland in seinen Doktrinen nie die Aufgabe festgeschrieben, die militärische Überlegenheit im All zu erlangen“, erklärte Sacharowa in einer auf der Homepage des Ministeriums am Dienstag veröffentlichten Mitteilung.

„Im Gegenteil: Seit Beginn der Erschließung des Weltraumes steuert Russland konsequent einen Kurs auf die Abwendung des Wettrüstens im All und auf dessen Nutzung ausschließlich zu friedlichen Zwecken.“

Vertrag zum Verbot von Militarisierung des Weltraumes

Sacharowa zufolge hatten Russland und China den Entwurf eines Vertrages konzipiert, der die

Stationierung von Waffen im erdnahen Raum sowie die Anwendung oder die Androhung von Gewalt im Weltraum verhindern soll.

Russland testet Anti-Satelliten-Rakete

Russland hatte am Montag eine Anti-Satelliten-Rakete erprobt, die einen ausgedienten sowjetischen Militärsatelliten abgeschossen hatte. Verteidigungsminister Sergej Schoigu sprach von einem „vielversprechenden System“. „Die bei der Zerstörung des Satelliten hinterlassenen Trümmerteile werden Aktivitäten im Weltraum nicht beeinträchtigen“, sagte er. Die sieben Raumfahrer an Bord der Internationalen Raumstation ISS brachten sich am Montag zweimal in zwei an der Station angedockten Raumschiffen in Sicherheit. Im Fall eines Zusammenstoßes der ISS mit Trümmerteilen hätte die Besatzung so zur Erde zurückfliegen können. Zu einer Kollision kam es nicht.

US-Außenminister Tony Blinken sprach von einer „Wolke aus 1500 Trümmern“, die an der ISS vorbeigeflogen seien.

Im Dezember 2020 hatten die USA Russland vorgeworfen, eine neuartige Anti-Satelliten-Rakete erprobt zu haben. Sacharowa hatte damals gesagt, Washington versuche mit derartigen Erklärungen, eigene Pläne zur Stationierung von Waffen im erdnahen Raum zu rechtfertigen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/10/4345701_0:265:2701:1784_1920x0_80_0_0_3895e9c74ae3a20ff2264752118b8b03.jpg

vormittags:

de.rt.com: China überholt USA im globalen Wettlauf um Wohlstand

Die Volksrepublik China hat die Vereinigten Staaten in Bezug auf das Nettovermögen überholt. Darauf wies die Consultingfirma McKinsey hin. Von 2000 bis 2020 soll sich Chinas Wohlstand um das 17-Fache erhöht haben.

Einem neuen Bericht von McKinsey zufolge hat der Reichtum weltweit weiter zugenommen. Außerdem hat China die USA als das Land mit dem größten Nettovermögen überholt.

Der Reichtum des Reiches der Mitte ist in den letzten zwei Jahrzehnten in die Höhe geschneit, stellte das Beratungsunternehmen laut Bloomberg fest. Das Nettovermögen des Landes habe sich von sieben Billionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 120 Billionen US-Dollar im Jahr 2020 um das 17-Fache erhöht.

Auf China entfiel in diesem Zeitraum etwa ein Drittel des weltweiten Anstiegs bei den Nettovermögen. Im Jahr 2000 trat das Land der Welthandelsorganisation bei, was den wirtschaftlichen Aufstieg deutlich beschleunigte.

Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich der Wohlstand der USA. Laut McKinsey mussten die USA auf der Liste der zehn reichsten Nationen China nun aber den Vortritt lassen, da das Nettovermögen der Vereinigten Staaten im Jahr 2020 nur noch 90 Billionen US-Dollar betrug. In beiden Ländern befinden sich mehr als zwei Drittel der akkumulierten Reichtümer, verteilt auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Insgesamt erreichte das weltweite Vermögen

im Jahr 2020 514 Billionen US-Dollar gegenüber 156 Billionen US-Dollar im Jahr 2000. Laut der Consultingfirma sind etwa 68 Prozent dieses Vermögens in Immobilien angelegt. Das schnelle Wachstum des globalen Reichtums übertrifft das des weltweiten BIP im gleichen Zeitraum. Der globale Vermögenszuwachs sei durch die explodierenden Immobilienpreise ausgelöst worden. Das Unternehmen warnte jedoch davor, dass der Anstieg der Immobilienwerte nicht nachhaltig sein könnte.

Hohe Preise könnten jedoch dazu führen, dass der Kauf von Wohneigentum für viele Menschen unerschwinglich wird. Eine solche Situation könnte laut McKinsey zu einer neuen Finanzkrise ähnlich der im Jahr 2008 führen. Diese war durch das Platzen der US-Immobilienblase ausgelöst worden. Diesmal könnte auch China aufgrund der Verschuldung seiner Bauträger davon betroffen sein.

Ein Zusammenbruch der Vermögenswerte könnte bis zu einem Drittel des weltweiten Vermögens verschwinden lassen, so das Beratungsunternehmen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6193b60e48fbef75ac52f65d.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. November 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Schweden befürwortet militärische EU-Ausbildungsmission für Ukraine**

Schweden unterstützt laut dem Verteidigungsminister Peter Hultqvist den Vorschlag der Europäischen Union, eine militärische Ausbildungsbasis in der Ukraine zu errichten. Ein möglicher EU-Einsatz in der Ukraine wurde seinen Angaben bei einem Treffen der EU-Verteidigungsminister diskutiert.

„Wir unterstützen diese sehr wichtige Mission der Europäischen Union zum Schutz der Souveränität und Sicherheit der Ukraine. Natürlich müssen wir für die Idee (der Schaffung einer militärischen Ausbildungsbasis – Anm. d. Red.) offen sein. Wir werden die Details später besprechen“, sagte Hultqvist gegenüber dem Rundfunksender "Sveries Radio" am Dienstag.

Auch Schweden könnte Offiziere in die Ukraine schicken, um dortige Soldaten auszubilden, fügte der Minister hinzu.

In der EU und in der Nato herrscht derzeit Besorgnis über russische Truppen- und Materialbewegungen in der Nähe der Ukraine. Man hätte in den vergangenen Wochen „große und ungewöhnliche“ Truppenkonzentrationen in der Nähe der Grenzen gesehen, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Montag am Rande eines Treffens mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba in Brüssel.

Zuvor hatte das russische Außenministerium Berichte mehrerer westlicher Medien dementiert, wonach Russland angeblich Truppen an die Grenze zur Ukraine verlege. Der Pressesprecher

des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, äußerte in dieser Hinsicht, Russland verlege seine Truppen innerhalb seines Hoheitsgebiets und nach eigenem Ermessen. Diese Verlegungen würden niemanden bedrohen und könnten nicht besorgniserregend sein.

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete Aussagen, wonach Russland angeblich eine Invasion in der Ukraine vorbereite, als alarmistisch. Nach Ansicht des russischen Staatschefs wird Moskau es auch niemals akzeptieren, als eine Partei im Konflikt in der Ukraine gesehen zu werden.

Russland hatte wiederholt die Vorwürfe des Westens und der Ukraine zurückgewiesen, angeblich „aggressive Handlungen“ unternommen zu haben. Moskau betonte mehrmals, Behauptungen über eine „russische Aggression“ würden als Vorwand dienen, um mehr militärische Ausrüstung der Nato in der Nähe der russischen Grenzen zu stationieren. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, hatte im Oktober angekündigt, Brüssel habe beschlossen, eine Expertenmission in die Ukraine zu entsenden, um die Aussichten für gemeinsame Projekte im Bereich der militärischen Zusammenarbeit, vor allem bei der militärischen Ausbildung, zu bewerten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/11/4346017_0:5:3074:1734_1920x0_80_0_0_3a771d8c0ac6ea2f10d57dcb2eae807.jpg

de.rt.com: **Politico: Biden lehnte dreimal Sanktionspakete gegen Russland ab, weil sie nicht hart genug waren**

Nach Angaben der Zeitschrift Politico soll sich der Nationale Sicherheitsrat der USA dreimal an US-Präsident Biden mit Sanktionspaketen gegen Russland gewandt haben. Biden habe die Maßnahmen wiederholt abgelehnt. Sie seien ihm "nicht hart genug" gewesen.

In einem Artikel zu den jüngsten Ereignissen in der angespannten Beziehung zwischen Washington und Moskau hat die US-Zeitschrift Politico unter Berufung auf ehemalige Regierungsvertreter berichtet, dass US-Präsident Joe Biden drei separate Sanktionspakete gegen Russland abgelehnt habe, die ihm der Nationale Sicherheitsrat vorgeschlagen haben soll. Die Argumentation des Präsidenten: Die Sanktionen seien nicht hart genug.

Politico wirft Russland vor, hinter den jüngsten Aktivitäten des weißrussischen Staatschefs Alexander Lukaschenko zu stehen. Angeblich helfe der Kreml der weißrussischen Regierung in Minsk, mit der Instrumentalisierung von Flüchtlingen an der Grenze zu Polen Druck auf die EU auszuüben.

Die Autorin des Artikels begründet ihre Ansicht damit, dass Lukaschenko mit der Einstellung von Gastransfers über weißrussisches Territorium in die EU gedroht habe.

Moskau kommentierte damals die Worte des weißrussischen Präsidenten mit dem Versprechen, alle Verpflichtungen zum Gastransit zu erfüllen.

Außerdem, so Politico, ziehe Russland zahlreiche Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen. Unterdessen zeigt sich das russische Verteidigungsministerium jedoch über die

US-Manöver im Schwarzen Meer vor der russischen Küste höchst besorgt. Der Kreml vermutet, dass diese Aktivitäten auf den Ausbau der militärischen Kapazitäten der Ukraine abzielen und dass Kiew sich auf eine Offensive im Osten des Landes vorbereitet. Nach Angaben der Zeitschrift herrscht im Weißen Haus zurzeit keine Einigkeit in Bezug auf Russland, wobei dort sowohl überzeugte Russland-Gegner als auch Befürworter einer vorsichtigen Politik vertreten sind. Letztere haben aktuell den Vorrang, wovon Bidens Entscheidung zeugt, die US-Sanktionen gegen das Gasprojekt Nord Stream 2 zu lockern. Allerdings könnte diese Entscheidung auch darauf zurückzuführen sein, dass Washington die Beziehungen zu Berlin nicht belasten will. Nach Ansicht der Politico-Autorin ist Washington zu einer neuen Serie von Konfrontationen mit Moskau bereit. Gleichzeitig räumt Politico aber ein, dass die Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland ebenfalls sehr kompliziert sind.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.11/article/619393a448fbef79d4469612.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. November 3:00 Uhr bis 17. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Golmowskij, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Kominternowo.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 51.

snanews.de: Zertifizierung für Nord Stream 2 ausgesetzt: Landwirtschaftsminister Schulze warnt vor Folgen

Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Sven Schulze hat bei einer Pressekonferenz vor negativen Folgen der aktuell vorläufigen Aussetzung der Zertifizierung für die Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Bundesnetzagentur gewarnt.

Mit Hinblick auf die entstandene Situation um die Aussetzung der Zertifizierung für Nord Stream 2 durch die Bundesnetzagentur sagte Schulze in der Landespressekonferenz in Magdeburg, dass „(...) wir noch einen längeren Zeitraum im Zweifelsfall warten müssen, bis Nord Stream 2 ans Netz geht“.

Ferner erläuterte er: „Ich glaube, dass für uns in Europa, weil - das muss man auch wissen - Nord Stream 2 wird das Gas aktuell in erster Linie nach Südeuropa liefern (... „wird nicht alles in Deutschland landen“ ...), aber wir haben in Europa eine große Herausforderung, dass viele Gasspeicher relativ leer sind (...).“

Parallel hätten wir ein großes Gasfeld in Groningen in den Niederlanden, das kaum noch genutzt werden könne; es gebe einen Gasmangel, so Schulze. Er betonte, dass derzeit die Gasspeicher in Russland gefüllt seien.

„Jetzt wird mehr Gas nach Deutschland und Europa fließen, das brauchen wir dringend auch, weil bei uns die Speicher relativ leer sind.“

Er verwies unter anderem darauf, dass „der Gaspreis heute allein aus dieser Entscheidung um circa zehn Prozent wieder gestiegen ist“.

In diesem Zusammenhang warnte der Politiker vor steigenden Preisen und Produktionseinbußen.

Das bedeutet laut seinen Worten, „dass wir uns darauf einrichten müssen, dass die Produktion von gewissen Produkten entweder eingeschränkt wird oder nur noch zu extrem teuren Preisen produziert wird“.

„Am Ende ist es heute eine Nachricht, die auch für den Standort Sachsen-Anhalt letzten Endes nicht sehr positiv ist, sondern eher negative Auswirkungen haben könnte.“

„Als großes Problem sehe ich, dass nun sehr sicher feststeht, dass Nord Stream 2 den gesamten Winter nicht zur Verfügung steht“, wurde der Politiker unter anderem von der Zeitung „Volksstimme“ zitiert.

Die Bundesnetzagentur hatte am Dienstag ihr Verfahren zur Zertifizierung der Nord Stream 2 AG als unabhängige Betreiberin der deutsch-russischen Gasleitung Nord Stream 2 vorläufig ausgesetzt. Zunächst müsse die Betreiberfirma nach deutschem Recht organisiert werden, hieß es. Ohne Zertifizierung ist der Gastransport durch die Pipeline in den deutschen Binnenmarkt nicht zulässig. Das Verfahren soll fortgesetzt werden, wenn die Nord Stream 2 AG eine deutsche Tochtergesellschaft gründet, die sich erneut bewirbt.

Nord Stream 2

Der russische Konzern Gazprom hatte am 10. September die Fertigstellung der Gasleitung Nord Stream 2 bekanntgegeben. Anfang Oktober wurde verkündet, dass der erste Strang der Pipeline bereits mit Gas befüllt worden sei.

Unmittelbar danach hatte der Betreiber der Pipeline eine Zertifizierung als unabhängiger Transportnetzbetreiber bei einer Beschlusskammer der deutschen Bundesnetzagentur beantragt und alle notwendigen Unterlagen eingereicht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/14/2183128_0:92:3072:1820_1920x0_80_0_0_c6102161be5388b6fffb5708313d7a6a.jpg

de.rt.com: Kiew: Putins Verordnung über humanitäre Hilfe für Donbass verstößt gegen Minsker Abkommen

Wladimir Putin hat eine Verordnung zur humanitären Hilfe für die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk unterzeichnet. Kiew nennt die Verordnung einen Verstoß gegen die Minsker Abkommen und ruft Deutschland und Frankreich zur Verurteilung des Dokuments auf.

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat am Montag eine Verordnung über humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk unterzeichnet. Das Dokument hat zum Ziel, die Auswirkungen der wirtschaftlichen Blockade der Region zu mildern. In Russland werden demnach Zertifikate über die Herkunft der Waren anerkannt, die von den zuständigen Organisationen in diesen Republiken vergeben werden. Aus der Volksrepublik Donezk hieß es bereits, dass die Verordnung den Unternehmen und der Wirtschaft der Region Auftrieb gebe.

Kiew verhielt sich gegenüber dem Dokument jedoch nicht so positiv. Das ukrainische Außenministerium erklärte, die Verordnung verstoße gegen die Minsker Abkommen. Man rief Berlin und Paris dazu auf, das Dokument ebenfalls zu verurteilen. Nach dem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Deutschland und Frankreich erklärte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba Journalisten:

"Ich habe auch meine Kollegen über Putins Verordnung informiert, die gerade heute erlassen wurde und tatsächlich von der weiteren wirtschaftlichen Integration bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk, der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine, in die Wirtschaft Russlands zeugt. Wir warten auf die Verurteilung dieses Dekrets, da es dem Wortlaut und Geist der Minsker Abkommen eindeutig widerspricht."

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, wies die Vorwürfe aus Kiew zurück und erwiderte, ausgerechnet die ukrainische Führung habe nicht nur einmal Gesetze verabschiedet, die den Minsker Abkommen widersprechen. Auf Telegram schrieb die Diplomatin:

"Es war das Regime in Kiew, das Gesetze verabschiedete, die im Widerspruch zu den Minsker Abkommen stehen, das die Relevanz des Maßnahmenpakets immer wieder in Frage stellt und auch nichts erfüllt hat, was sowohl im Dokument selbst als auch in den erarbeiteten Entscheidungen im Rahmen des Normandie-Formats festgehalten ist."

Viele Betriebe im Kriegsgebiet in der Ostukraine hatten mit ihrer Produktion die gesamte Ukraine versorgt. Wegen des Krieges und einer wirtschaftlichen Blockade seitens Kiews waren sie gezwungen, die Herstellung von Waren drastisch zu kürzen und sich auf den

russischen Markt umzuorientieren. Die COVID-19-Pandemie hatte auch einen katastrophal negativen Einfluss sowohl auf die Lage der Bevölkerung als auch auf die Wirtschaft in der Region.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61937c9cb480cc3bb77227e8.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 17. November um 9:00 Uhr 20.096 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 15.948 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2777 Todesfälle.

snanews.de: **Erste warme Nacht unter einem Dach: Tausend Flüchtlinge übernachten in belarussischer Lagerhalle**

Nachdem eine Vielzahl von Migranten im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus viele Nächte in Nässe und Kälte ausharren musste, hat nun Belarus rund tausend Flüchtlingen in der Nacht zu Mittwoch Unterkunft in einer Lagerhalle gewährt. Die Staatsagentur „Belta“ schrieb vor diesem Hintergrund vom „ersten warmen Morgen“ der Geflüchteten.

Am Mittwochmorgen veröffentlichte „Belta“ Fotos von Erwachsenen und Kindern, die mit Decken und Schlafsäcken in einer Halle sitzen.

Der Staatsagentur zufolge hat der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko am Dienstag den Gouverneur des Gebiets Grodno und den Amtsinspektor des Präsidenten der Region beauftragt, eine vorübergehende Unterkunft für Flüchtlinge im Transport- und Logistikzentrum in der Nähe eines Grenzübergangs zu eröffnen und seine Lagerstätten zu einem Nachtlager umzufunktionieren.

Statt des Grenzlagers, das die Migranten nahe der polnischen Grenze organisiert haben sollen, wurde den Flüchtlingen angeboten, „unter das Dach zu gehen“. Wie weiter berichtet wird, lagen der Entscheidung vor allem „Bedenken um die Sicherheit der Menschen“ zugrunde: Übernachten bei kaltem Wetter – „insbesondere nach einer Eisdusche mit Wasserwerfern polnischer Sicherheitskräfte“ – könnte sich negativ auf die Gesundheit auswirken, hieß es.

Flüchtlinge mit „Lager“-Bedingungen zufrieden

Ungefähr eintausend Flüchtlinge sollen sich laut den „Belta“-Angaben bereit erklärt haben, sich in die Lagerhalle zu begeben – darunter viele Familien mit Kindern. Die Flüchtlinge erhielten den Angaben zufolge Matratzen, trockene und warme Kleidung sowie warme Mahlzeiten.

Heute sei ihr erster warmer Morgen, schrieb „Belta“ am Mittwoch. Viele der Flüchtlinge seien angeblich in guter Stimmung aufgewacht:

„Danke, Belarus! Tolle Nacht. Warm, trocken, wir haben gegessen. Wir sind sehr glücklich. Ich habe zum ersten Mal geschlafen“, wird einer der Flüchtlinge zitiert.

Eine der Mütter etwa soll im Gespräch mit der Staatsagentur die Bedingungen in der Lagerhalle als „gut für die Kinder geeignet“ gelobt: „Endlich sind sie unter normalen Bedingungen. Die erste warme Nacht unter dem Dach seit vielen Tagen.“

In Bezug auf ihre weiteren Pläne erklärten die Flüchtlinge „Belta“ gegenüber, dass sie nicht in den Irak zurückkehren würden – dort sei es „sehr schlimm“.

„Für die Zukunft unserer Kinder wollen wir nach Deutschland“, sagten die Flüchtlinge.

In der Zelt-Kantine würden sie unter anderem mit warmen Speisen und Trinkwasser versorgt, heißt es weiter. Außerdem seien Ärzte rund um die Uhr in der Nähe des Zentrums im Einsatz.

„Belta“ berichtet, dass es nachts viele Meldungen gegeben habe – Flüchtlinge sollen sich demnach über „Halsschmerzen, Husten und Nierenschmerzen“ beschwert haben.

Andere gesundheitliche Probleme sollen etwa nach dem jüngsten „Gas- und Chemikalien-Einsatz vonseiten der polnischen Sicherheitskräfte“ zutage getreten sein, heißt es.

Verschärfte Lage an polnisch-belarussischer Grenze

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko steht zunehmend in der Kritik seitens der EU, angeblich gezielt Migranten aus Krisenregionen einfliegen zu lassen und in Richtung polnischer Grenze zu drängen, um Europa so unter Druck zu setzen. Vermutet wird, dass er sich damit für Sanktionen rächen wolle, die die EU wegen der Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der Opposition in Belarus erlassen hat.

Warschau hat die Grenzsicherung verstärkt und Militärangehörige zusammengezogen. Es wurden 15.000 Soldaten sowie Panzer, Luftverteidigungskräfte und andere schwere Waffen an der Grenze konzentriert. Die polnischen Behörden unterbinden jegliche Versuche der Migranten, in polnisches Territorium zu gelangen, und geben Minsk die Schuld an der Migrationskrise.

Minsk weist hingegen alle Vorwürfe zurück und wirft Polen vor, Migranten gewaltsam abzuschieben.

Am Dienstag hatten polnische Sicherheitskräfte Wasserwerfer gegen Menschen eingesetzt, die versuchten, die Grenzanlage in Richtung EU zu überwinden. Viele von ihnen kehrten später in ihr ursprüngliches Zelt-Camp im Wald zurück. Die polnische Seite sprach von etwa 2000 Menschen, die sich dort aufhielten.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0b/11/4349299_0:152:2913:1791_1920x0_80_0_0_1b6694c3b5b8e56bee2038586082f9d9.jpg

de.rt.com: Biden präzisiert US-Taiwan-Politik nach Telefonat mit Xi

US-Präsident Joe Biden hat erklärt, dass die Vereinigten Staaten am Taiwan Relations Act und der Ein-China-Politik festhalten wird. Washington werde die Insel nicht zur Unabhängigkeit, sondern nur zur Realisierung des Gesetzes ermutigen.

Die USA bleiben der "Ein-China-Politik" im Taiwan Relations Act verpflichtet und

widersetzen sich allen Versuchen, den Status quo in der Region zu verändern. Dies betonte US-Präsident Joe Biden nach einem ausführlichen Telefonat mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping. Er erklärte am Dienstag bei einer Veranstaltung in New Hampshire vor Reportern:

"Wir werden unsere Politik in keiner Weise ändern."

"Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir den Taiwan Act unterstützen und das war's." Biden bestritt außerdem, dass die USA die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans unterstützen würden. Er hob hervor:

"Ich habe gesagt, dass sie sich entscheiden müssen. Taiwan, nicht wir."

"Wir ermutigen nicht zur Unabhängigkeit, wir ermutigen sie, genau das zu tun, was der Taiwan Act verlangt."

Das Gesetz von 1979 regelt die Beziehungen zwischen den USA und der Insel, die China als Teil seines Hoheitsgebiets betrachtet, die aber seit dem Jahr 1949 von Exilnationalisten regiert wird, nachdem die Kommunisten sie im chinesischen Bürgerkrieg auf dem Festland besiegt hatten.

Bidens Äußerungen folgen auf ein dreieinhalbstündiges Telefonat mit dem chinesischen Präsidenten am Montag, das Berichten zufolge vom Thema Taiwan beherrscht wurde. Im offiziellen Bericht des Weißen Hauses über das Gespräch heißt es, dass die USA weiterhin an der Ein-China-Politik festhalten würden, die sich am Taiwan Relations Act (TRA), den drei Gemeinsamen Erklärungen (Joint Communiques) und den Sechs Zusicherungen (Six Assurances) orientiert.

Washington lehne auch jede Bewegung ab, die den Status quo in der Region verändere oder den Frieden und die Stabilität in der Straße von Taiwan untergrabe, heißt es in der Erklärung weiter.

Das Weiße Haus musste Bidens Äußerungen vom vergangenen Monat klarstellen", als er in einem CNN-Interview erklärte, die USA seien "verpflichtet", Taipeh im Rahmen des TRA zu verteidigen.

Die taiwanesishe Präsidentin Tsai Ing-wen sagte CNN einige Tage später, sie habe Vertrauen, dass die USA Taiwan im Falle eines Angriffs durch das chinesische Militär beistehen würden. Sie bestätigte, dass sich eine kleine Anzahl von US-Soldaten auf der Insel befindet.

In der Zwischenzeit hat Peking deutlich gemacht, dass China bereit ist, "entschlossene Maßnahmen" zu ergreifen, um die Insel notfalls mit Gewalt wieder zu integrieren. China werde seine Haltung zu Taiwan niemals ändern, so der chinesische Botschafter bei der EU Zhang Ming am Dienstag. Auf einer Online-Veranstaltung einer Brüsseler Denkfabrik sagte er:

"Wenn sich etwas ändert, dann ist es die Entschlossenheit des chinesischen Volkes, die vollständige Wiedervereinigung unseres Landes zu verwirklichen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194a7dcb480cc242b4fe316.JPG>

Mzdnr.ru: Am 16. November wurden in der DVR 2335 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1019 positiv, bei 27 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 115 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 10 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 64 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2451 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1447 mit Sauerstoffunterstützung (+43 in den letzten 24 Stunden).

Am 17. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 98.999 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

18.026 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 73.368 als gesund entlassen, es gibt 7605 Todesfälle.

de.rt.com: **Russland vermittelt Waffenstillstand zwischen Armenien und Aserbaidshans**

Nach den Gesprächen der Verteidigungsminister Armeniens und Aserbaidshans mit ihrem russischen Amtskollegen Sergei Schoigu ist an der Grenze zwischen den zwei Staaten ein Waffenstillstand erreicht worden. Zuvor hatten beide Seiten in dem Konflikt Todesopfer gemeldet.

Nach einer Eskalation der Feindseligkeiten an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidshans sind die Feuergefechte beendet und ein Waffenstillstand ist am Dienstagabend erreicht worden. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu soll seine Amtskollegen aus Armenien und Aserbaidshans, Suren Papikjan und Sakir Gassanow, dazu aufgerufen haben, die Lage nicht weiter zuzuspitzen.

Aus dem russischen Verteidigungsministerium hieß es, die Situation sei wieder normalisiert und unter Kontrolle gebracht worden. Armenien hat den Sachverhalt bestätigt.

Aserbaidshans meldete am Mittwoch sieben Tote und zehn Verletzte. Nach Angaben Jerewans war bei den Gefechten ein armenischer Soldat ums Leben gekommen, 13 Soldaten wurden von Aserbaidshans gefangen genommen. Zu weiteren 24 Soldaten verlor das armenische Verteidigungsministerium den Kontakt.

Der Ministerpräsident Armeniens Nikol Paschinjan bestätigte, dass die Lage vor Ort nun relativ ruhig sei, schätzte aber die Gesamtlage als sehr angespannt ein. Den Konflikt nannte er einen "direkten Angriff auf das souveräne Territorium Armeniens".

Ilham Alijew, der Präsident Aserbaidshans, erklärte in einem Telefongespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel, Baku hätte nur eine "adäquate Antwort auf die Schritte Jerewans" gegeben.

Am Dienstag hatte Armenien ein Eindringen aserbaidshansischer Soldaten auf armenisches Territorium gemeldet. Aserbaidshans dementierte dies und warf Armenien hingegen vor, aserbaidshansische Soldaten beschossen zu haben.

Russland tritt als Vermittler zwischen den Konfliktparteien auf. Russische Friedenstruppen sind seit einem Jahr gemäß einer trilateralen Vereinbarung, die nach heftigen Kämpfen im Herbst 2020 erzielt wurde, in der umstrittenen Region Bergkarabach stationiert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194b0c548fbef28354c2bd6.jpg>

nachmittags:

snanews.de: Taliban rufen USA zu Freigabe afghanischer Geldreserven auf

Die militant-islamistische Bewegung Taliban hat die USA aufgefordert, die gegen das Land im Hindukusch verhängten Sanktionen aufzuheben und die eingefrorenen Vermögenswerte der afghanischen Zentralbank freizugeben. Der amtierende afghanische Außenminister warnte vor Massenmigration und anderen negativen humanitären Auswirkungen.

In einem offenen Brief an die Mitglieder des US-Kongresses verwies der Außenminister der Taliban-Regierung in Afghanistan, Amir Chan Mutaki darauf, dass die US-Regierung nach der Bekanntgabe Sanktionen gegen Vermögenswerte der afghanischen Zentralbank verhängt hatte. Die Reaktion bezeichnete er als „ziemlich überraschend“.

„Dies widerspricht sowohl unseren Erwartungen als auch dem Doha-Abkommen“, schrieb er. Das afghanische Volk habe ein Recht auf finanzielle Sicherheit.

„Gegenwärtig ist die finanzielle Sicherheit die größte Herausforderung für unser Volk, und die Wurzeln dieser Sorge gehen auf das Einfrieren der Vermögenswerte unseres Volkes durch die amerikanische Regierung zurück“.

Die Taliban-Bewegung befinde sich nach der Unterzeichnung des Doha-Abkommens im Februar 2020 nicht mehr in einem direkten Konflikt mit den USA und sei auch keine militärische Opposition mehr, argumentierte Mutaki und forderte die US-Regierung dazu auf, die afghanischen Vermögenswerte freizugeben.

Der Taliban-Vertreter warnte vor Auswirkungen für das afghanische Volk und die Regierung des Landes, die die Aufrechterhaltung der derzeitigen Lage auslösen könnte. Massenmigration in der Region und in der Welt könne dadurch verursacht werden und weitere humanitäre und wirtschaftliche Probleme für die Welt nach sich ziehen.

„Das Einfrieren von Vermögenswerten und Wirtschaftssanktionen können das Gesundheits- und Bildungssystem sowie andere zivile Dienste beeinträchtigen, von denen die gesamte Öffentlichkeit profitiert“, hieß es im Brief.

Die US-Sanktionen hätten nicht nur den Handel und die Wirtschaft, sondern auch die humanitäre Hilfe beeinträchtigt. Gleichzeitig sei das Land vom Coronavirus, von Dürre, Krieg und Armut heimgesucht worden, und die kalten Wintermonate würden bereits vor der Tür stehen, betonte Mutaki.

Er beruft sich auf Schätzungen der Vereinten Nationen und anderer humanitärer Organisationen, wonach die Bevölkerung Afghanistans in diesem Winter mit einer katastrophalen Situation konfrontiert werden solle, falls die Bedingungen sich nicht ändern sollten.

„Das Leiden eines Kindes an Unterernährung, der Tod einer Mutter infolge mangelnder medizinischer Versorgung, die Entbehrung eines gewöhnlichen Afghanen an Nahrung, Unterkunft, Medizin und anderen Grundbedürfnissen hat keine politische oder logische Rechtfertigung und schadet dem Ansehen der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika, da es sich um eine rein humanitäre Angelegenheit handelt“, heißt es im Schreiben weiter.

Der Großteil der Hilfen für Afghanistan war eingestellt worden, nachdem die militant-islamistische Taliban gewaltsam an die Macht in Afghanistan gekommen war. Rund neun Milliarden US-Dollar an Reserven der Zentralbank des Landes, die zum großen Teil in den USA geparkt sind, wurden eingefroren.

Vorher hatte die Regierung in Kabul Nach Angaben der Kabuler Denkfabrik Afghanistan Analysts Network jährlich 8,5 Milliarden US-Dollar an militärischer und ziviler Hilfe erhalten, mit denen 75 Prozent der öffentlichen Ausgaben finanziert worden waren.

Die Vereinten Nationen warnten, von November an werde mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht ausreichend zu essen haben.

Bisher hat kein Land der Welt die Taliban-Regierung anerkannt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/11/4351682_0:119:3072:1847_1920x0_80_0_0_803e04e6e18e7b866ed93edfef30eb6b.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 17.11.2021

In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 95. Brigade **Golmowskij** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** von Donezk mit 82mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus **Kominternowo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und 24 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 56., 54. und 25. Brigade von den Positionen in der Nähe von Newelskoje, Werchnetorezkoje (severnoje) und Marjinka aus **Losowoje, Werchnetorezkoje (Jushnoje)** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit 120mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen und 19 Mörsergeschosse und 23 Granaten abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an drei Wohnhäusern in Losowoje festgestellt:

Uliza Feta 16/1 – Fensterverglasung, Türen, Fassade und Zaun;

Uliza Feta 19/4 – Fensterverglasung;

Uliza Feta 19/5 – Zaun, Dach und Wirtschaftsgebäude.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die ukrainischen bewaffneten Formationen vier Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Schützenpanzer in der Nähe von Nowgorodskoje.

Aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade:

zwei Antipanzerraketekomplexe „Konkurs“ in einem Wohngebiet von Shelannoje.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Pobeda.

Außerdem wurden auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte **am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln „Petrowskoje“ drei Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade** bemerkt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 54., 56., 95. und 128. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Starognatowka, Nowotroizkoje, Sergejewka, Warwarowka, Rasino, Krasnogorowka, Wodjanoje, Werchnetorezkoj, Nikolajewka zu blockieren.

Außerdem haben die Beobachter der Mission im am 16. November veröffentlichten Bericht der OSZE-Mission die Eröffnung des Feuers von den Positionen der 25. Luftlandebrigade auf die Donezker Filterstation festgehalten.

Nach uns vorliegenden Informationen von einer Quelle im Stab der 56. Brigade haben die Einheiten **schon vor dem Eintreffen in der OOS-Zone die ersten nicht kampfbedingten Verluste** erlitten. So hat der Kommandeur des 37. Bataillons der 56. Brigade die Positionen abgefahren und die Örtlichkeiten untersucht. Im Zusammenhang damit, dass ein Kompaniekommandeur sich mit der Situation nicht auskannte, kam der Fahrer des Fahrzeugs an einer Kreuzung von der Schotterstraße ab und geriet auf eine Sprengeneinrichtung. Infolge der Detonation starb der Fahrer, der Kompaniechef erlitt Splitterverletzungen und rief über Funk ein Bergungsfahrzeug. Infolge von nicht abgestimmten Handlungen geriet das Bergungsfahrzeug auf eine zweite Sprengeneinrichtung, die von Kämpfern der 58. Brigade hinterlassen worden war. Bei der weiteren Detonation geriet Treibstoff in Brand und das Fahrzeug brannte vollständig ab, der Fahrer und der Sanitäter erlitten zahlreiche Brandverletzungen, als sie versuchten, militärisches Material zu retten.

Mit dem Einbruch der Kälte haben auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte die Fälle von Bränden von ukrainischen Befestigungsanlagen zugenommen.

In der Nacht vom 15. auf den 16. November geriet auf den Positionen des 2.

Luftsturmataillons der 95. Brigade im Gebiet von Schumy ein Unterstand in Brand. Nach uns vorliegenden Informationen aus einer vorläufigen Ermittlung waren die Ursachen des Brands Verletzungen elementarer Sicherheitsvorschriften bei der Nutzung von Heizöfen. Infolge des Brandes kam ein Soldat mit Verbrennungen an den oberen Gliedmaßen ins Krankenhaus.

de.rt.com: **"80 Tonnen!" USA enthüllen Umfang ihrer Munitionslieferungen an die Ukraine**

Washington hat am 14. November den ukrainischen Streitkräften 80 Tonnen Munition

übergeben. Es handelt sich dabei um die jüngste in einer Reihe von Lieferungen im Rahmen eines von US-Präsident Joe Biden vermittelten millionenschweren "Sicherheitshilfe"-Pakets. Nach Angaben der US-Botschaft in Kiew ist am Sonntag am Kiewer Flughafen Borispol eine Ladung Munition aus US-Beständen eingetroffen. Gemäß Daten des Onlineportals zur Flugnachverfolgung Flightradar24 kam die Frachtmaschine vom Typ Boeing 747 der Kalitta Air mit der Flugnummer N702CK aus den USA mit einem Zwischenstopp in Leipzig in der Ukraine an. Diplomaten gaben ihren Stolz über die Übergabe der Munition auf Twitter und Facebook bekannt:

"Die Ukraine erhielt heute eine Lieferung von etwa 80.000 Kilogramm Munition von den Vereinigten Staaten.

Dies ist ein Beweis für das Engagement der USA für den Erfolg einer stabilen, demokratischen und freien Ukraine ist. Seit 2014 haben die Vereinigten Staaten der Ukraine mehr als 2,5 Milliarden Dollar an Sicherheitshilfe zur Verfügung gestellt."

Den Beamten zufolge war dies "die vierte Lieferung im Rahmen zusätzlicher Sicherheitshilfen in Höhe von 60 Millionen US-Dollar (rund 52 Millionen Euro), die Präsident Biden" Kiew im August gewährt hatte. Das Budget ist ausschließlich für vom US-Verteidigungsministerium gestellte Waffen und Dienstleistungen, darunter für militärische Ausbildung und Training, vorgesehen.

Angesichts der im Maßstab des Konflikts in der Ukraine eher kleinen Liefermenge einerseits und der wohl wegen uneindeutiger Verwendung der hier angemesseneren Maßeinheit Tonne im US-Sprachgebrauch gewählten Ausdrucksweise "80.000 Kilogramm" andererseits kam es in den sozialen Medien zu hämischen Kommentaren:

"Oho! 80.000 Kilogramm – das sind ganze 80 Millionen Gramm!"

Doch es ist anzunehmen, dass es sich bei der teuer über den Luftweg gelieferten Munition nicht im vollen Umfang um mondäne Sturm- oder Maschinengewehrpatronen oder Artilleriegranaten handeln dürfte, für die ein günstigerer Lieferungsweg über Land oder See (bei gleichzeitig höherer Liefermenge) angemessener wäre. So traf die vorige, dritte Lieferung von US-Sicherheitshilfe traf am 22. Oktober 2021 in der Ukraine ein: Damals wurden neben anderer militärischer Ausrüstung erstmals auch Container mit Panzerabwehrlenkflugkörpern des Typs Javelin gesichtet, schreibt das ukrainische Militärnachrichtenportal Military auf seiner Webseite. Die dafür typischen Behälter waren diesmal zumindest auf den veröffentlichten Bildern nicht zu sehen. Allerdings wären auch diesmal ähnlich teure (wenn auch andere) Rüstungsgüter denkbar, deren Lieferung sich trotz geringer Mengen eher lohnt, auch per Lufttransport: zum Beispiel präzise gefertigte Munition für Scharfschützengewehre oder Ähnliches. Zuvor waren am 10. und 18. Oktober weitere militärische Hilfslieferungen in Kiew angekommen.

Diese jüngste Munitionslieferung erfolgt, nachdem Washington seine Sorge über eine angebliche "russische Bedrohung" für die benachbarte Ukraine und eine angebliche Aufstockung der Truppen in der Region zum Ausdruck gebracht hatte.

Gleichzeitig verschlechterten sich in den vergangenen Tagen angesichts der Migrantenkrise an der EU-Außengrenze die Beziehungen zwischen dem ebenfalls in der Region gelegenen Weißrussland und dem Westen.

Vergangene Woche warnte Moskau die USA, dass ein neuer Plan zur Übergabe tödlicher Waffen an die Ukraine die Chancen auf Frieden im vom Krieg zerrissenen Donbass untergraben und die Spannungen mit Russland verschärfen würde. Anlass war, dass US-Außenminister Antony Blinken und Kiews Außenminister Dmitri Kuleba eine Vereinbarung zur "Vertiefung unserer strategischen Partnerschaft" und zur Verstärkung der "Verteidigungszusammenarbeit" unterzeichneten.

Der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow kommentierte, das von amerikanischen und ukrainischen Diplomaten unterzeichnete "Dokument über strategische Partnerschaft" sei lediglich "eine Reihe von Slogans, hochschädlichen Slogans". Ihm zufolge

"steckt in fast jeder Zeile ein geopolitisches Instrument gegen Russland".

Antonow argumentierte weiter:

"Pläne, Waffen an das Regime in Kiew zu liefern, werden die Lage im Südosten der Ukraine nur verschlimmern. Wir glauben, dass damit eine weitere Gelegenheit, Kiew zur Beendigung des Krieges zu bewegen, verpasst wurde."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194f63f48fbef26161cf036.jpeg>

snanews.de: **Schutz vor „Hybridattacken“: Estland will Drahtsperrn an Grenze zu Russland**

Angesichts der Migrantenkrisen an der belarussisch-polnischen Grenze will Estland seine Grenze zu Russland vorübergehend mit Drahtsperrn verstärken. Laut Verteidigungsminister Kalle Laanet sollen dadurch mögliche „Hybridattacken“ an der Außengrenze von EU und Nato verhindert werden.

Mittlerweile gebe es zwar keine Anzeichen für eine Bedrohung an der Grenze Estlands zu Russland, sagte der estnische Verteidigungsminister Kalle Laanet am Mittwoch im Fernsehsender ETV. Aber man müsse auf eine schnelle Entwicklung der Ereignisse wie zuletzt an der Grenze Polens und Litauens zu Belarus vorbereitet sein.

„Wir sind bereit, eine 30 Kilometer lange temporäre Drahtsperrn in drei bis vier Reihen zu errichten“, sagte der Minister. „Ich denke, dieser Plan wird bald umgesetzt.“

Laanet selbst rechnet mit einer längeren Krise an der EU-Grenze zu Belarus. Dies würde im Interesse des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin liegen, mutmaßte der estnische Verteidigungsminister. „Putins Ziel ist es, die Intensität der Ereignisse an den Grenzen Litauens und Polens nach Möglichkeit hochzuhalten, damit er selbst mit seinen Truppen an der ukrainischen Grenze operieren kann.“ Belarus sieht sich seit Wochen mit Vorwürfen konfrontiert, Migranten aus Krisenregionen mit Visa und Flügen gezielt anzulocken und dann an die EU-Außengrenze bringen zu lassen. Die Regierung in Minsk weist das zurück und macht die westlichen Staaten für die Zunahme der Migration verantwortlich. Zuletzt drängten sich Tausende Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten an der belarussisch-polnischen Grenze.

Polen, Litauen und Lettland berichteten von einer Zunahme illegaler Einwanderer im Grenzgebiet. Der belarussische Staatschef Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, die Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern zu wollen – wegen der westlichen Sanktionen gebe es dafür „kein Geld und keine Kräfte“ mehr.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/11/4352124_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_6dabe33d2dc6237ce5e446f1321d2b5a.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. **Seit Beginn des heutigen Tages wurden zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Muratowo aus **Tschwonyj Liman** mit 152mm-Artillerie beschossen und drei Geschosse abgefeuert.

In Richtung Popasnaja haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij von den Positionen im Gebiet von Kamyschewacha aus **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Artillerie des Kalibers 122mm beschossen und 20 Geschosse abgefeuert....

de.rt.com: Israel greift erneut von besetzten Golanhöhen aus Ziele in Vorort von Damaskus an

Israel flog in der Nacht zum Mittwoch erneut einen Raketenangriff auf einen Vorort von Damaskus. Seit Ausbruch des von außen aufgeputschten Konflikts in Syrien hat Tel Aviv Hunderte Luftangriffe im Land durchgeführt, die auf mutmaßliche Waffenlieferungen an die von Iran unterstützte Hisbollah abzielen.

Die israelische Armee hat am Dienstagabend zwei Raketen von den besetzten Golanhöhen aus auf einen Vorort von Damaskus abgefeuert, wie die syrische staatliche Nachrichtenagentur SANA mitteilte. Der Angriff galt einem unbewohnten Gebäude. Eine der Raketen sei abgefangen worden. Es habe keine Opfer gegeben, heißt es in dem Bericht. Es bleibt unklar, ob die Raketen von einem Flugzeug abgefeuert wurden oder Boden-Boden-Raketen waren. Israel hat seit Ausbruch des von außen aufgeputschten Konflikts in Syrien Hunderte Luftangriffe im Land durchgeführt, die auf mutmaßliche Waffenlieferungen an die von Iran unterstützte Hisbollah abzielen. Diese spielt eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der syrischen Armee im Kampf gegen vom Ausland unterstützte Terrorgruppen und Dschihadisten in Syrien.

Syrien teilte letzte Woche mit, dass Israel Ziele in der Nähe der syrischen Städte Homs und Tartus angegriffen habe. Dabei sollen zwei Soldaten verletzt und Sachschaden verursacht worden sein. Über dem Luftraum von Homs seien "feindliche Ziele" abgefangen worden,

während in der Hafenstadt Tartus auch Abwehrsysteme zum Einsatz gekommen seien, hieß es bei SANA. Das syrische Militär teilte seinerzeit in einer Erklärung mit, dass der Angriff aus dem Norden von Beirut lanciert wurde, wobei der Luftverteidigung gelungen sei, die meisten der abgefeuerten Raketen abzuschießen.

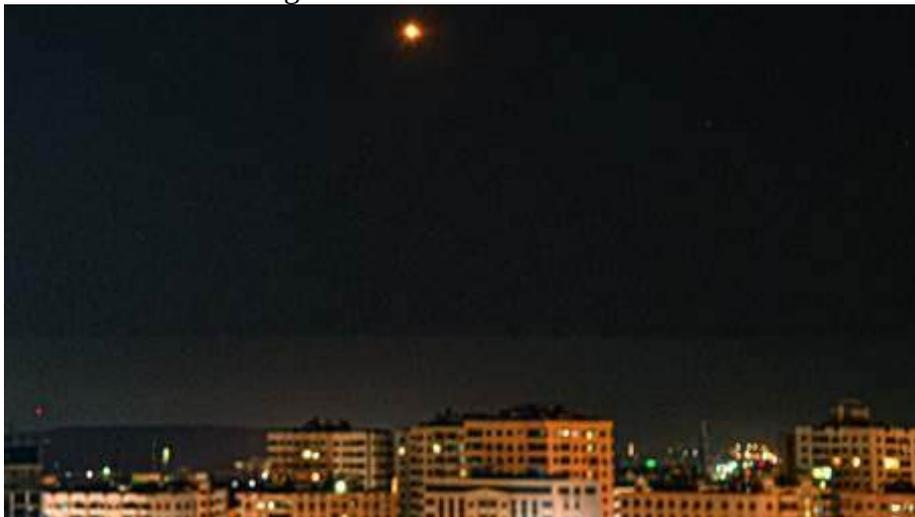
Weniger als eine Woche vor diesem Luftangriff zielte ein weiterer mutmaßlicher israelischer Angriff auf einen Ort in der Gegend von Zakya, südwestlich von Damaskus, und verursachte laut SANA ebenfalls Sachschaden.

Der jüngste Vorfall ereignete sich inmitten zunehmender israelischer Militäroperationen, die mutmaßlich auf iranische Stellvertreter in Syrien abzielen. Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung gegen eine vermeintliche iranische Bedrohung verletzt die israelische Armee seit Jahren Syriens Souveränität durch Luftangriffe.

Iran hat damit begonnen, fortschrittliche Flugabwehrraketenbatterien in der Region zu stationieren, um israelische Jets herauszufordern.

Die US-Basis beim Grenzübergang al-Tanf wurde Ende Oktober von mehreren Drohnen und Raketen angegriffen. Der Anlass für den jüngsten spektakulären Luftangriff auf eine US-Stellung waren die zuletzt anhaltenden israelischen Luftschläge auf mutmaßlich pro-iranische Milizen im Osten Syriens – israelische Luftschläge gingen dabei von der al-Tanf-Zone aus.

Die syrische Führung hat mehrfach vom UN-Sicherheitsrat verlangt, Druck auf Israel auszuüben, um Aggressionen gegen das Territorium Syriens ein Ende zu setzen. Solche Handlungen verletzen Syriens Souveränität und führten zu einer Zunahme der Spannungen in der Region. Tel Aviv und Damaskus unterhalten keine diplomatischen Beziehungen und befinden sich im Kriegszustand.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194f1e4b480cc7cae6493b9.jpg>

de.rt.com: **Putin und Raisi bekräftigen Willen zum Ausbau der Beziehungen zwischen Moskau und Teheran**

Die Präsidenten Russlands und Irans haben sich bei einem Telefongespräch über den Stand ihrer Beziehungen unterhalten und ihre Absicht erklärt, einen umfassenden Vertrag zur langfristigen Zusammenarbeit zu unterschreiben.

In einem Telefongespräch am Dienstag haben der iranische Präsident Ebrahim Raisi und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin die gemeinsame Haltung beider Staaten zu bilateralen, regionalen und internationalen Fragen bekräftigt. Außerdem sehen beide Präsidenten eine Notwendigkeit darin, das angestrebte umfassende Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit zwischen Moskau und Teheran zum Abschluss zu bringen, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete. Der iranische Präsident erklärte:

"Wir sind bereit, das umfassende Dokument über die langfristige Zusammenarbeit zum Abschluss zu bringen, um den Prozess der Förderung der Beziehungen und der

Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zügig voranzutreiben."

Raisi verwies auf die gemeinsamen Ansichten und Koordination zwischen Teheran und Moskau in vielen internationalen Fragen und erklärte, dass beide Länder zusammen gegen den Unilateralismus und für die Stärkung des Multilateralismus kämpfen würden.

Die Zusammenarbeit beider Staaten sei auch aus regionaler Sicht notwendig. Er fügte hinzu: "Wir glauben, dass die bestehende Anwesenheit von Außenstehenden in Syrien illegal ist und dem Willen des syrischen Volkes und der syrischen Regierung zuwiderläuft, weil sie die Stabilität und Sicherheit des Landes bedroht."

Die Pressestelle der russischen Regierung teilte mit, dass beide Parteien die Wahrung der syrischen Staatlichkeit und die Auslöschung "eines großen Nestes internationaler Terroristen" auf ihre Zusammenarbeit zurückführten.

Laut Raisi gebe es Überschneidungen zwischen Russland und Iran hinsichtlich ihrer Afghanistan-Politik.

"Wir halten die Anwesenheit [des sogenannten islamischen Staates] in Afghanistan für gefährlich für die Region und das Land, daher müssen wir angesichts der Bedrohung durch ein solches Komplott wachsam sein."

Iran dränge auf die Bildung einer inklusiven Regierung in Afghanistan, an der alle ethnischen und politischen Gruppen beteiligt sind, ergänzte Raisi. Die Sicherheit Afghanistans könne nur von so einer breit angelegten Regierung gewährleistet werden.

Teheran begrüße, dass Russland Iran im Atomstreit unterstützt und die Notwendigkeit der Beendigung aller Sanktionen gegen Teheran betont hat. Auch unterstütze die iranische Regierung die russische Initiative für Stabilität und Ruhe in der Kaukasusregion, da sowohl Russland als auch Iran jede Änderung des geopolitischen Status in der Region oder der Grenzen der regionalen Länder ablehnten.

Putin seinerseits hob ebenfalls die gemeinsamen Standpunkte beider Regierungen zu diversen Themen hervor. Russland sei entschlossen, das geplante Abkommen zur langfristigen Zusammenarbeit unverzüglich abzuschließen und umzusetzen.

Moskau strebe den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und die Fertigstellung gemeinsamer Investitionspläne mit Iran an, erklärte Putin.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194e703b480cc7ca713326b.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko
Eine Analyse der in den letzten Tagen entstandenen Situation zeigt, dass Kiew zielgerichtet die Lage im Donbass destabilisiert.

Die Verschärfung des Konflikts hängt direkt mit dem Besuch des neuen Verteidigungsministers A. Resnikow in der sogenannten OOS-Zone zusammen, wo er zukünftiges Blutvergießen ankündigte und die Anweisung gab, am 14. und 15. November

Ortschaften der Republik zu beschießen, dabei wurden Wohnhäuser, Objekte der Strom- und Gasversorgung in Jushnaja Lomawatka und Tscheryonyj Prapor beschädigt. Außerdem wurde eine Schule in Solotoje während des Unterrichts beschossen.

Der nächste Schritt der ukrainischen Kämpfer war die Gefangennahme eines Soldaten der Republik, was eine grobe Verletzung der Minsker Vereinbarungen ist.

Nach unseren Informationen wird derzeit gegenüber dem Gefangenen physische, psychische und medikamentöse Einflussnahme angewandt, um ihn zur Abgabe falscher Aussagen und zur Herstellung einer Beweisbasis zur Rechtfertigung der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite zu zwingen, dabei wird grob der erste Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung vom 21. Juli 2020 verletzt, der Aufklärungs- und Diversionsaktivitäten verbietet.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, die Fälle von Verletzung des Waffenstillstand, der Tod und Gefangennahme unserer Soldaten nach sich gezogen haben zu registrieren und die Rückkehr des entführten Soldaten der Volksmiliz der LVR zu unterstützen.

de.rt.com: **Zerstörer russischer Satellit: Kritik an Moskau vom Auswärtigen Amt und Stoltenberg**

Russland testete Anfang dieser Woche eine Antisatellitenrakete und zerstörte dabei einen seiner alten ungenutzten Satelliten. Die USA, das Auswärtige Amt, die NATO und Frankreich sehen in dem Verhalten eine Gefahr für die freie Nutzung des Weltraums und eine Bestätigung der Schlagkraft Russlands.

Russland testete am Montag eine Antisatellitenrakete, bei der es sich wahrscheinlich um den Typ S-500 "Prometei" gehandelt hat. Damit sprengte Moskau einen lange nicht mehr existierenden sowjetischen Signalaufklärungssatelliten, der 1982 gestartet worden war und jahrelang unbemerkt in der Umlaufbahn kreiste.

Das Auswärtige Amt spricht von einem unverantwortlichen Handeln Moskaus und einer Gefahr für die internationale Raumstation ISS:

"Durch die Zerstörung des Satelliten im niedrigen Erdorbit ist eine Vielzahl von Trümmerteilen entstanden, die die freie und ungehinderte Nutzung des Weltraums für alle Staaten für Jahre beeinträchtigen werden.

Dieses unverantwortliche Verhalten birgt ein hohes Risiko für Fehleinschätzungen und Eskalation."

Tage vor dem russischen Test musste die ISS den Trümmern eines chinesischen Waffentests aus dem Jahr 2007 ausweichen.

Es bedürfe einer Einigung der "internationalen Gemeinschaft auf Regeln für die friedliche und nachhaltige Nutzung des Weltraums", so das Auswärtige Amt.

Für NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg handelt es sich um eine "rücksichtslose Handlung" von russischer Seite. Außerdem habe Russland damit seine Schlagkraft bewiesen.

Nach Angaben des US-Ministeriums erzeugte die Explosion mehr als 1.500 Trümmerteile und werde wahrscheinlich noch Hunderttausende kleinere Teile nach sich ziehen.

Auch aus Frankreich kamen rügende Worte. Das französische Außenministerium und die Streitkräfte veröffentlichten eine gemeinsame Stellungnahme:

"(Der Test) ist destabilisierend, unverantwortlich und wird wahrscheinlich für lange Zeit Folgen für die Weltraumumgebung und alle Akteure im Weltraum haben."

Das russische Verteidigungsministerium betonte, dass die Trümmerteile keine Bedrohung darstellten. Verteidigungsminister Sergei Schoigu teilte außerdem mit, Russland habe ein "vielversprechendes System" getestet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194dce3b480cc7d9c6c9ba9.jpg>

de.rt.com: **Peskow über Zertifizierungsstopp von Nord Stream 2: Kreml hält Entscheidung nicht für politisiert**

Der Kreml hält die Entscheidung, das Zertifizierungsverfahren für die Pipeline Nord Stream 2 auszusetzen, nicht für politisiert, sagte Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten. Dass der Vorgang komplizierter sei, habe man von Anfang an gewusst. Der Kreml sieht in der Entscheidung der deutschen Regulierungsbehörde, das Zertifizierungsverfahren auszusetzen, keine politische Motivation. "Absolut nicht", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch zu Journalisten. Es gäbe bestimmte Protokolle und Normen der europäischen Gesetzgebung. Der Projektbetreiber sei bereit, alle Zertifizierungsanforderungen zu erfüllen, um die Gaspipeline so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen.

Peskow betonte, es sei von Anfang an klar gewesen, dass man in dieser Hinsicht Geduld brauche. Man sei überzeugt, dass das Projekt für Europa und für die europäischen Verbraucher wichtig sei. Alles Weitere hänge von der Regulierungsbehörde ab.

Zu den möglichen Folgen der Energiekrise in Europa erklärte Peskow, dass die Krise und die Pipeline nicht miteinander in Verbindung stehen. Es seien zwei Prozesse, die "zwar im selben Bereich liegen, aber nicht voneinander abhängig sind".

Die Bundesnetzagentur hatte am Vortag das Verfahren zur Zertifizierung der Nord Stream 2 AG als unabhängige Betreiberin der Ostseepipeline Nord Stream 2 ausgesetzt. Zunächst müsse die Betreiberfirma nach deutschem Recht organisiert werden, hieß es. Ohne die Zertifizierung ist der Transport von russischem Gas nach Deutschland nicht zulässig. Die Frist für das Verfahren läuft im Januar ab.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6194f2c148fbef2a6438bc19.JPG>

de.rt.com: **Lula: Bin bereit, bei nächster Präsidentschaftswahl in Brasilien gegen Bolsonaro anzutreten**

Brasiliens ehemaliger Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat sich bereit erklärt, bei den Wahlen gegen Amtsinhaber Jair Bolsonaro zu kandidieren. Er bezeichnete seinen potenziellen Gegner als "eine schlechte Kopie von Trump".

Der ehemalige brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva nahm am Montag an einer Pressekonferenz im EU-Parlament in Brüssel teil. Dort kündigte er an, dass seine Arbeiterpartei einen Präsidentschaftskandidaten aufstellen müsse, der im Jahr 2022 die Nachfolge des rechtsgerichteten Jair Bolsonaro antreten solle. Lula erklärte, er sei bereit, erneut bei den Wahlen anzutreten und verkündete:

"Ich bin bereit, ich bin motiviert, ich bin bei guter Gesundheit."

Er fügte hinzu, dass er seine endgültige Entscheidung erst Anfang nächsten Jahres treffen werde, einige Monate vor den für Oktober 2022 geplanten Wahlen. Der populäre Linke sagte, seine Kandidatur werde davon abhängen, ob die Partei ihn aufstellen wolle. Der Politiker hob hervor:

"Wir brauchen jemanden, der kandidiert. Wir müssen die Wahlen gewinnen. Und gleichzeitig müssen wir Brasilien wiederaufbauen."

Der 76-Jährige kritisierte außerdem den amtierenden Präsidenten Brasiliens Jair Bolsonaro: "Er ist eine schlechte Kopie von Trump. Aber Bolsonaro denkt nicht, er hat keine Ideen."

Der ehemalige Präsident behauptete, der amtierende Präsident sei wild entschlossen, die positiven Errungenschaften von Lulas Regierung "niederzureißen".

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage sieht ihn 27 Punkte vor Bolsonaro, obwohl seine Kandidatur noch nicht offiziell bekannt gegeben wurde.

Im Jahr 2010 machte Lula Platz für Dilma Rousseff. Rousseff wurde in einem nicht nur von ihren Anhängern als parlamentarischer Staatsstreich bezeichneten Vorgang abgesetzt. Lula selbst saß fast zwei Jahre im Gefängnis, nachdem er wegen angeblicher Geldwäsche und Korruption zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt worden war. Außerdem wurde er von der Kandidatur bei den Wahlen im Jahr 2018 ausgeschlossen.

Mehrere Richter haben dann jedoch entschieden, dass das Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten unrechtmäßig war. Der Oberste Gerichtshof hat seine früheren Verurteilungen aufgehoben, so dass Lula nun nächstes Jahr gegen Bolsonaro antreten könnte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6195275d48fbef406204b9f3.JPG>